

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 06.10.2025

Standort stärken, Transformation voranbringen, Arbeitsplätze sichern

Die Stahlindustrie ist von großer Bedeutung für den Industriestandort Deutschland. Sie sichert viele tausende gut bezahlter Arbeitsplätze. Als Grundstoffindustrie ist sie Ausgangspunkt zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten, die mit nachfolgenden Weiterverarbeitungsschritten eng verbunden ist. Unser Ziel ist, die Stahlproduktion zukunftsfest zu machen und Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Die deutsche Stahlindustrie befindet sich unter großem Druck: Der Schutz vor unfairen Handelspraktiken ist unvollständig, Dumpingpreise und staatlich geförderte Überkapazitäten aus anderen Regionen der Welt führen zu unfairen Wettbewerbsbedingungen. Nach wie vor sind die Energiepreise hoch. Gleichzeitig fordern die wichtigen und notwendigen Investitionen in die Klimaneutralität große finanzielle Anstrengungen. Das Tempo für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist noch zu langsam.

In dieser Zeit steht die SPD an der Seite der Beschäftigten. Wir arbeiten daran, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Stahlproduktion in Deutschland verbessern wird - eingebettet in eine gemeinsame europäische Industriepolitik. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz haben wir in der Bundesregierung das größte Investitionspaket in der Geschichte unseres Landes aufgelegt. Dies wird auch der Stahlindustrie einen wichtigen Impuls geben. Damit diese Impulse aber auch ankommen, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Der Standort Deutschland ist auf offene Märkte und regelbasierten Handel angewiesen. Aktuell handeln aber viele Staaten nicht nach diesen Regeln. Darauf müssen wir reagieren. Die deutsche Stahlindustrie muss sich in einem Marktumfeld bewähren, das von staatlich subventionierten Überkapazitäten anderer Länder und handelspolitischen Verwerfungen bestimmt wird. Das erzeugt gewaltigen Druck auf die Standorte, obwohl sie hoch innovativ und international Vorreiter bei der Umstellung auf klimafreundliche Produktion sind. Wenn aber die Stahlproduktion abwandert, sind auch die weiterverarbeitenden Produktionsschritte gefährdet. Wir dürfen nicht zulassen, dass die heimische Wertschöpfung abwandert, weil internationale Regeln nicht mehr funktionieren. Wir werden nicht zulassen, dass mehr und mehr klimafreundlicher Stahl aus Deutschland und Europa durch klimaschädlichen Stahl aus anderen Ländern ersetzt wird. In Zeiten zunehmender globaler Spannungen ist die Stahlproduktion auch von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Unser

Land wird aber nicht sicherer, wenn wir für neue Panzer und Schiffe auf Stahl aus anderen Weltregionen angewiesen sind.

In Deutschland und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir deshalb ein Maßnahmenpaket vereinbaren, das verstärkt auf „Buy European“ setzt. Das bedeutet: klare, effektive und verlässliche handelspolitische Instrumente zum Schutz vor unfairem Wettbewerb, die Nutzung von Local Content Regeln in strategisch wichtigen Bereichen, die Schaffung klimafreundlicher Leitmärkte in Deutschland, der EU und mit internationalen Partnern, klare Rahmenbedingungen für den Wandel zur Klimaneutralität 2045, langfristige Beschäftigungsperspektiven und die Achtung der Montan-Mitbestimmung. Wir brauchen ein Miteinander von Unternehmen, Beschäftigten, Gewerkschaften und dem Staat. Die Transformation unserer Wirtschaft muss ein ökonomisches und ein soziales Erfolgsmodell werden.

Buy European: Schutz vor unfairem Wettbewerb und Sicherung der heimischen Wertschöpfung

1. **Robuster Handelsschutz:** Wir werden dafür sorgen, dass sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission entschieden für einen effektiven und langfristig wirksamen Schutz gegen unfaire Handelspraktiken und subventionierte Überkapazitäten einsetzt. In diesen Zeiten großer geopolitischer Herausforderungen und unfairer Handelspraktiken auf dem Weltmarkt muss die EU ihre handelspolitischen Möglichkeiten nutzen, um europäische industriepolitische Interessen zu wahren und verstärkt Anreize für die Verwendung europäischer Produkte zu setzen. Es geht hier nicht um Protektionismus, sondern um die Durchsetzung fairer Wettbewerbsregeln und europäischer strategischer Interessen. Es braucht schnell Klarheit über eine Nachfolgeregelung für die am 30. Juni 2026 auslaufenden Safeguards und, wo rechtlich möglich, kurzfristig wirksam werdende Handelsschutzinstrumente, die die derzeitigen Importmengen signifikant reduzieren. Im Kern bedarf es eines Zollkontingentsystems, das übermäßige Importmengen wirksam begrenzt und den Markt kontrolliert offenlässt. Sinnvoll ist dabei auch eine klare Herkunftsbestimmung über eine „Melted & Poured“-Regel, damit die Umgehung des Handelsschutzes verhindert wird.
2. **Sicherung strategisch wichtiger Versorgung:** Deutschlands Sicherheit darf in dieser geopolitischen Lage nicht abhängig sein von außereuropäischen Stahlherstellern. Die deutsche Stahlproduktion ist zentral für sichere Wertschöpfungsketten in Zeiten geopolitischer Spannungen. Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene für ein gezieltes „Buy European“- Schema in strategischen Bereichen wie der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie oder dem Energiesektor (Windenergie-

Anlagen und Transformatoren) einsetzen und dafür den Schulterschluss mit europäischen Partnern suchen.

3. **Klimafreundliche Leitmärkte etablieren:** Die Bundesregierung muss unmittelbar nach Inkrafttreten des Vergabebeschleunigungsgesetzes von der Möglichkeit Gebrauch machen, über eine Verordnung Regelungen zu verpflichtenden Anforderungen über die Beschaffung klimafreundlicher Produkte (insbesondere Stahl) festzulegen. Wir werden darauf drängen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Etablierung branchenspezifischer öffentlicher und privater Leitmärkte im Rahmen noch für 2025 angekündigten Industrial Decarbonisation Accelerator Act einsetzen wird, beginnend mit einem Leitmarkt für klimafreundliche Stahlprodukte. Der Fokus könnte dabei auf der staatlichen Infrastruktur, wie zum Beispiel beim öffentlichen Bau, der Bahn, oder auch der Automobilindustrie liegen. Dabei sollen auch Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien (u.a. auch Tariftreue) berücksichtigt werden. Wir begrüßen, wenn sich die Bundesregierung für die Einführung eines EU-weiten gemeinsamen Labels für CO₂-reduzierten Stahl nach dem Low Emission Steel Standard (LESS) einsetzt sowie privatwirtschaftliche Leitmarktinitiativen unterstützt. Auf internationaler Ebene führt die Bundesregierung ihre Führungsrolle im Klimaclub fort, um die internationale Kooperation in der Dekarbonisierung der energieintensiven Industrie zu verbessern, gemeinsame Regeln und Standards für die Grünstahlproduktion zu entwickeln und gemeinsame Leitmärkte zu erschließen.
4. **Sicherung von Schrott als Rohstoff:** Die Verfügbarkeit und Preisentwicklung von Stahlschrotten muss genau beobachtet werden. Damit die Stahlproduktion über die Sekundärroute nicht gefährdet wird, sollte die EU als Antwort auf protektionistische Maßnahmen anderer Länder notfalls mit weiteren Überlegungen zu Exportbeschränkungen reagieren.
5. **Konsequente Sanktionen:** Deutschland muss sich auf europäischer Ebene für ein konsequentes Importverbot für russische Stahlerzeugnisse einsetzen. Es muss außerdem genau beobachtet werden, inwieweit Umgehungsstrategien über Drittländer wie die Türkei oder durch Weiterverarbeitung in Staaten wie Serbien genutzt werden, um russischen Stahl indirekt in den europäischen Markt zu bringen und Schlupflöcher schließen.
6. **Ausgleich mit den USA:** Wir setzen uns für ein ausgewogenes Stahl- und Aluminiumabkommen zwischen der EU und den USA ein, sodass europäische Hersteller über ein angemessenes Importkontingent zukünftig wieder möglichst zollfrei in die USA exportieren können. Die über 400 Produkte, die Stahl, Aluminium

und Kupfer enthalten und von den USA am 18. August mit 50 Prozent Zoll belegt wurden, sollen mit den anderen Produkten gleichbehandelt werden.

Wettbewerbsfähige Stromkosten

7. **Industriestrompreis:** Die Energiekosten für die energieintensive Industrie in Deutschland sind nach wie vor hoch. Für die Sekundärstahlroute und perspektivisch auch für die klimafreundlich werdende Primärstahlroute sind niedrige Stromkosten entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte. Mit der Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, der Abschaffung der Gasspeicherumlage und dem Zuschuss in Höhe von 6,5 Mrd. Euro zu den Netzentgelten hat die Bundesregierung auf unser Drängen hin bereits weitreichende Schritte unternommen, um die Energiepreise zu senken. Die Bundesregierung muss sich darüber hinaus bei der EU-Kommission für einen beihilferechtlichen Rahmen für einen Industriestrompreis einsetzen, der auch die Stahlindustrie entlastet. Sie soll von einer entsprechenden Regelung auf nationaler Ebene Gebrauch machen.
8. **Fortsetzung der Strompreiskompensation:** Wir erwarten von der Europäischen Kommission, dass die Strompreiskompensation über 2030 hinaus fortgesetzt werden kann. Die Bundesregierung wird den ihr zur Verfügung stehenden beihilferechtlichen Rahmen ausschöpfen, um die energieintensive Industrie zu entlasten.
9. **Dauerhafte Erleichterungen bei Netzentgelten:** Im Rahmen der Reform der Netzentgelte durch die unabhängige Bundesnetzagentur befürworten wir eine Lösung, die auch sehr energieintensiven Unternehmen mit fluktuierendem Strombedarf die Möglichkeit eröffnet, von deutlich reduzierten Netzentgelten zu profitieren.
10. **Kosten dauerhaft senken:** Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Energie- und die Systemkosten durch einen entschlossenen Ausbau der erneuerbaren Energien, Speicher und Netze, durch Anreize zur flexibleren Nachfrage nach Strom und dem Aufbau erforderlicher steuerbarer Kapazitäten mittelfristig und dauerhaft deutlich sinken.

Transformation unterstützen

11. **Vertrauen stärken:** Die Stahlindustrie hat sich vorbildlich auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht. Gelingt der Umbau der Stahlindustrie, dann ist das auch ein Zeichen in die energieintensive Industrie insgesamt für die Zukunftsfähigkeit unseres Standortes. Die Transformation des Stahlstandortes muss gelingen. Der Weg zur Klimaneutralität 2045 bietet die Möglichkeit, die Stahlproduktion umfassend zu

modernisieren und ein neues, nachhaltiges und zukunftsfähiges Produkt anzubieten: klimafreundlichen Stahl. Wir werden unseren Beitrag leisten, damit die Projekte zum Bau und Betrieb von klimafreundlichen Direktreduktionsanlagen und Elektrolichtbogenöfen erfolgreich werden. Der Betrieb der neuen Direktreduktionsanlagen mit Erdgas vermeidet bereits mehr als die Hälfte der Treibhausgasemissionen der konventionellen Hochofenroute. Diese Brücke sollte in der Umstellung flexibel genutzt werden, bis Wasserstoff in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Unter Berücksichtigung der Rentabilität der Projekte wird die sukzessive Umstellung auf grünen Wasserstoff sichergestellt und, soweit in der Übergangsphase geboten, flexibel auch kohlenstoffarme Wasserstoffe (z.B. blauer Wasserstoff) zugelassen.

12. **Emissionshandel stärken, europäische Mittel nutzen:** Der Europäische Emissionshandel gibt einen sicheren und verlässlichen Rahmen für die Transformation und einen klaren Pfad in Richtung Klimaneutralität. Neue Unsicherheiten verzögern die Umstellung und treiben die Kosten für die klimaneutrale Produktion in die Höhe. Die Bundesregierung sollte die Einnahmen des Emissionshandels insbesondere aus dem KTF und über den EU-Innovationsfonds nutzen, um die Stahlindustrie in ihrer Transformation zu unterstützen.
13. **Rohstoffe sichern:** Wir setzen uns für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ein. Gerade in der Stahlbranche ist das Potenzial sehr hoch. Hochwertiger Stahlschrott ist eine wichtige Ressource für die deutsche Stahlproduktion. Wir brauchen effektive und innovative Recyclingstrukturen und wollen die inländische Schrottverwendung stärken. Zusätzlich zu einem wichtigen Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz wird so die Resilienz heimischer Produktion erhöht und die Unabhängigkeit von Importen ausgebaut. Wir werden den Export von Stahlschrott kontrollieren und in gebotenem Maße reglementieren.
14. **Abwanderung in Regionen mit niedrigeren Klimaschutzstandards verhindern:** Zur Absicherung der Transformation bedarf es eines effektiven Carbon Leakage Schutzes. Es hilft weder dem Standort, noch dem Klima, wenn die Stahlproduktion in Länder wandert, in denen niedrigere Klimaschutzstandards gelten. Es bedarf einer Weiterentwicklung des CO₂-Grenzausgleiches und eine kriterien-basierte Ausdehnung auf nachgelagerte Stahlprodukte. Umgehungsmöglichkeiten müssen verhindert werden, etwa durch die verstärkte Nutzung von Standardwerten. Wir setzen uns außerdem für einen Ausgleich für Exporte bei den vom CBAM erfassten Produkten ein und erwarten von der Europäische Kommission, dass sie zeitnah Lösungen präsentiert.

15. **Wasserstoffhochlauf unterstützen:** Wir werden Druck machen, dass die Bundesregierung den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft entschlossen voranbringen und die Nachfrage nach grünem Wasserstoff zusätzlich anreizen wird. Dazu gehört neben den Stahlprojekten der zeitnahe Start der 2. Förderrunde der Klimaschutzverträge, die Ausgestaltung der Kraftwerksstrategie sowie eine zeitnahe Umsetzung der EU-RED III Richtlinie zur Einführung einer Mindestquote für grünen Wasserstoff in nationales Recht als Beschleuniger für den Wasserstoffhochlauf.
16. **Infrastrukturaufbau vorantreiben:** Die Bundesregierung muss den Aufbau des Wasserstoffkernnetzes vorantreiben, damit Anfang der 2030er Jahre alle industriellen Zentren und Direktreduktionsanlagen zur Stahlherstellung an das Wasserstoffkernnetz angeschlossen sind.
17. **Mehr Pragmatismus:** Damit die Phase des Hochlaufs und der hier geltenden Kriterien für grünen Wasserstoff flexibilisiert werden und die Transformation gelingt, brauchen wir mehr Pragmatismus im Übergang zur Klimaneutralität, zum Beispiel durch die flexible Nutzung aller Wasserstofffarben in der Phase des Markthochlaufes.

Sicherheit und Mitbestimmung für Arbeitnehmer*innen.

18. **Sozial gerechter Wandel:** Die Zukunft der Stahlindustrie darf nicht allein technisch und wirtschaftlich gedacht werden – sie muss auch sozial gerecht sein. Wir werden daher gemeinsam mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass Tarifbindung und Mitbestimmung gestärkt, Beschäftigung gesichert und Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten gezielt gefördert werden.
19. **Mitbestimmung gilt:** Bei der Begleitung betrieblicher Transformationsprozesse setzen wir auf Tarifbindung und Sozialpartnerschaft. Staatliche finanzielle Unterstützung muss an Beschäftigungssicherungsvereinbarungen gebunden sein.
20. **Zukunftsinvestitionen erleichtern:** Wir werden uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten für zukunftsgerichtete Investitionen und Standorterhalt im europäischen Beihilferahmen zu verbessern. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Bereich der Weiterbildungs- und Qualifizierungsförderung haben wir in den letzten Jahren so weiterentwickelt, dass der Strukturwandel proaktiv und im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden kann.
21. **Tariftreue muss gelten:** Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss Tariftreue gelten. Hierfür brauchen wir ein zügiges Inkrafttreten des Tariftreuegesetzes.